

Deutschland und Brasilien: eine gewollte Annäherung

ESTEVÃO MARTINS

*Stets geforscht und stets gegründet,
nie geschlossen, oft geründet,
Ältestes bewahrt mit Treue,
freundlich aufgefasstes Neue,
heitern Sinn und reine Zwecke:
Nun, man kommt wohl eine Strecke!*
GOETHE (Gott und Welt, Motto)

■ In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebten wir zahlreiche Geschichten, in denen es um den Aufbau und Neuaufbau von Gesellschaften und Länder ging. Das Jahr 1945 stellte einen Meilenstein der Umkehr dar: in Brasilien, nach der Diktatur von Getúlio Vargas und in Deutschland eine langsame, leidvolle und schmerzhaft Wiedergeburt eines von seiner Geschichte traumatisierten Landes.

Brasilien und Deutschland entwickeln sich im darauffolgenden halben Jahrhundert unter unterschiedlichen Umständen und in unterschiedlichem Maße, unter dem Druck einer zersplitterten und instabilen Welt, auf der Suche nach Neuordnung mitten unter andersartigen Kriegen, versteckten und offenen Bedrohungen, Ökonomien im Wiederaufbau und neudimensionierten Partnerschaften.

Deutschland entdeckt erst 1949 seine öffentliche Persönlichkeit, wenn auch nur teilweise. Die moralische, politische und wirtschaftliche Neuordnung der Bundesrepublik Deutschland, geboren aus dem Zusammenschluss der Besatzungszonen der westlichen Alliierten ist möglicherweise eine Geschichte mit einem nachhaltigeren Erfolg als der zaghafte Wiederaufbau der brasilianischen Demokratie in den Jahren zwischen 1946 und 1984. Von Anfang an erlebten Deutschland und Brasilien – trotz der Schwankungen des noch verletzlichen brasilianischen demokratischen Gebäudes – wechselseitige Annäherung, Bündnisse und Kooperation.

Friede und wirtschaftlicher Fortschritt sind Werte, die geachtet und verteidigt werden. Ohne sie könnte keine Weltordnung überleben. Jahrzehntlang war die Welt durch die Spaltung des kalten Kriegs verzerrt. Deutschland und Brasilien ordnen sich – mit einer liberalen und repräsentativen Demokratie – entschieden in das Atlantische Bündnis ein und die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den fünfundsechzig Jahren ihrer Existenz keinen Augenblick von dieser Entscheidung entfernt.

Die brasilianischen und deutschen Regierungen haben in den üblichen diplomatischen Erklärungen und Dokumenten stets die enge Partnerschaft betont, die die Länder verbindet – im Übrigen die einzige strategische Partnerschaft Deutschlands mit einem lateinamerikanischen Land. Angesichts der langen Geschichte wirtschaftlicher und kultureller Kooperation zwischen Deutschland und Brasilien, hat Deutschland in Brasilien einen Partner mit einem größeren Handelsvolumen und Bildungs Kooperationen als mit anderen Ländern der Region. Selbst mit dem Mercosur als „Block“ wurde noch keine vergleichbare Partnerschaft erreicht.

Die Wirtschaft und das produktive Kapital sind der Lohn für Deutschlands Aufstieg aus den Ruinen in den 1950er Jahren. Der Marshallplan und die feste Entscheidung der westlichen Alliierten, die Bundesrepublik in das neu gebildete strategische, wirtschaftliche und politische Bündnis aufzunehmen, trägt dazu bei, in Deutschland eine politische und soziale Kultur aus Arbeit, Engagement und Solidarität zu entwickeln. Der Aufstieg Deutschlands in dieser Zeit zeigt den Willen, den negativen Ballast der nahen Vergangenheit hinter sich zu lassen und der Welt deutlich zu machen, dass der Zeitraum zwischen 1933-1945 eine Ausnahme war und nicht die Regel: eine erfolgreiche kulturelle und politische Wende. Das Deutschland der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erholt und erneuert sich, ist Heimat von Kant und Goethe, der Gebrüder Humboldt und Gervinus, Ranke und Droysen, von Niebuhr und Mommsen, von Aby Warburg und Meinecke, von Ebert und Adenauer und so viele andere, die sich in der Gesellschaft, der Kultur, der Wissenschaft und der Politik ausgezeichnet haben. Das deutsche Ansehen entsteht aus den Grundlagen der Erziehung, einer umfassenden und ernst genommenen Bildung, deren Reichweite über die formelle Schulbildung hinaus geht und die vollständige Bildung des Menschen und Bürgers anstrebt – zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts und des persönlichen und kollektiven Wachstums.

Tatsache ist, dass das Deutschland des 21. Jahrhunderts in seinen Grenzen und seiner Organisation, seiner politischen Reife und wirtschaftlichen Leistung

nichts mit den vorher bestehenden „deutschen Staaten“ gemein hat. Auch von den Grenzen her stimmt übrigens kein deutscher Staat seit 1871 genau mit den folgenden überein. So kann man sagen, dass die nach 1949 wiedererlangte Realität der deutschen Gesellschaft die schweren und schwerwiegenden Fehler – und das waren leider nicht wenige – der vorangegangenen deutschen Staaten überwunden hat.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird also zu einem wichtigen politischen Ereignis im internationalen Szenario. Der erste Bundeskanzler dieser Republik, Konrad Adenauer, der sich in seiner Amtszeit mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Kurt Schumacher auseinandersetzen muss – beide übrigens Opfer des Naziregimes – verteidigt vehement die internationale Rolle, die die neue Republik nicht nur übernehmen, aber auch ausfüllen muss.

Adenauer veröffentlicht am 20. Mai 1950 in der Zeitung Rheinischer Merkur einen Artikel,¹ in dem er öffentlich das Schicksal des Saarlandes diskutiert – Gegenstand einer alliierten Konvention, die das Gebiet für selbstständig erklärte,² ohne dass die neu-gegründete Bundesrepublik ihre Einwände durchsetzen konnte. Wie auch schon vorher, noch vor der Gründung der Bundesrepublik, erklärt Adenauer die Integration und das internationale Engagement für unausweichlich – es gibt keine echte Alternative zum gemeinsamen Handeln in der globalen Konstellation, so gespalten sie auch sein mag. Adenauer schließt auch das Saarland in diese Prämisse mit ein und besteht darauf: „Ohne die Bundesrepublik Deutschland hätten wir keine Rolle in der internationalen Politik, vor allem im Engagement zur Stärkung des Friedens.“ Wenig später nimmt er Bezug auf eine nicht näher bezeichnete Schweizer Zeitung und erklärt, dass der Artikel auf eine neue Realität der französisch-deutschen Beziehungen hinweist: während der Teilnahme an der Londoner Konferenz über das Saarstatut und Deutschland, hatte der französische Außenminister Robert Schuman einen ‚machtvollen unsichtbaren Partner‘, die Bundesrepublik Deutschland. Wir erinnern uns daran, dass Schuman – angeregt durch das mutige und beharrliche Engagement von Jean Monnet – kurz zuvor, am 9. Mai 1950 vor der französischen Nationalversammlung die berühmte Schuman-Erklärung abgab, aus der später die Europäische Union hervorgehen sollte.

1 Siehe <http://www.konrad-adenauer.de/index.php?msg=4689>

2 Das Saarland wird als Protektorat des Europarates definiert (in der Praxis unter französischer Verwaltung). Die Volksbefragung 1955 sprach sich gegen das Saarstatut aus und für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, der am 1. Januar 1957 wirksam wurde.

Mittlerweile ist Deutschland nicht nur auf den internationalen Anker angewiesen, sondern auch für die internationale Ordnung unverzichtbar geworden. Eine Reihe von politischen Entscheidungen bringt Deutschland langsam aber sicher wieder als Akteur auf die globale Bühne und es ist von dort auch nicht mehr wegzudenken. Die deutsche Politik stützt sich hier auf drei wichtige Säulen: (a) ein klares und bedingungsloses Engagement in Europa (Deutschland hätte sich ganz sicher nicht ohne Europa entwickelt, aber auch Europa wäre ohne Deutschland nicht denkbar); (b) eine klare Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft, welche die christlich-politische Moral mit der sozialdemokratischen Staatstheorie verbindet und die notwendig ist, um die natürlichen Entgleisungen der freien Initiative ins Gleichgewicht zu bringen; (c) die Bildung eines Bürgerbewusstseins zur Sicherung der Menschenrechte und des Friedens.

Damals wie heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, ist die Politik starken Stürmen ausgesetzt. Wenn die Umstände auch nicht dieselben sind, so ist der Appell an die Verantwortung des Staates weiterhin laut und deutlich. In- und außerhalb der Staaten fordern Völker Annäherung und Initiativen, Gerechtigkeit und Gleichgewicht, Versöhnung und Harmonie, Besonnenheit und gerechte Verteilung, Vorsicht und Ausdauer, Transparenz und Bekenntnis.

Der Welthorizont in den letzten sechzig Jahren lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen: bis zum Ende der 1980er Jahre unterlag die internationale Politik dem Joch des Kalten Krieges mit seinen offenen oder latenten Sorgen und Bedrohungen. In den 1990er Jahren hat der plötzliche Einsturz der brutalen ideologischen Zwänge die Blickwinkel zerstreut. Das endlose Bemühen um Gleichgewicht schwindet. Die Welt gerät in Turbulenzen. Keine Ähnlichkeiten mit den Geschehnissen am Vorabend der Kriege von 1914-1918 oder 1939-1945. Damals gab es eine klare Konfrontation mit den feindlichen Kräften. Im Kalten Krieg ist das Phänomen analog. Die Instabilität seit dem Fall der Berliner Mauer jedoch verursacht viele Zentrifugalkräfte. Diese in den Griff zu bekommen und zu ordnen ist eine kontinuierliche Aufgabe.

Brasilien erlebt nach 1945 drei politische Regierungsformen. Das Land bemüht sich ständig, die selbstverschuldete Rückständigkeit in seiner wirtschaftlichen Entwicklung und soziale Gerechtigkeit aufzuholen. Während der so genannten liberalen Demokratie (1946-1964), plant eine sich selbstüberschätzende Politik einen brasilianischen Staat unter derart abstrakten Voraussetzungen, für die die soziale, Bildungs- und wirtschaftliche Situation des Landes noch gar nicht reif war. Für das nationale Entwicklungsprojekt, im Land eine Dienstleistungs-

und Produktionsinfrastruktur aufzubauen, benötigte man ausländische Partner. Das junge Deutschland ist von Anfang an bei diesem Abenteuer mit dabei.

Und in der Tat funktioniert die politische, wirtschaftliche und kulturelle Partnerschaft zwischen beiden Ländern praktisch ohne einen Rückschritt. Obgleich sich die Handlungsfähigkeit und Steuerkapazität beider Länder unterscheiden, ist das übergeordnete politische Ziel die Friedenssicherung in der bestmöglichen Form. Mit dem Verschwinden der bipolaren Welt des Kalten Krieges und der schnellen Ermattung der US-amerikanischen Dominanzversuche verwandeln die unter neuen Machtverhältnissen veränderten politischen Konstellationen die Welt in ein Kaleidoskop von Einsichten (oder vielleicht Uneinsichtigkeiten) mit Allianzen und Vereinbarungen, Partnerschaften und Bündnissen, die von wirtschaftlichen, finanziellen und geldpolitischen Konjunkturen und Krisen erschüttert werden.

Die Aufteilung der Welt in „Welten“ (erste, zweite, dritte; konform, unzuverlässig, nicht konform und so weiter) verliert schnell ihre Funktion. Die Trennungslinien zwischen Nord und Süd, die Solidaritätsbeziehungen zwischen Süd und Süd, die Gemeinsamkeiten zwischen Gesellschaften mit einer gemeinsamen Geschichte (oder nur scheinbar wie die Britische Gemeinschaft oder „*Françafrique*“³) vermischen sich. Innen- und außenpolitische Ereignisse mindern die Hegemonie der Vereinigten Staaten, die dennoch nicht unterschätzt werden sollten. Die Welt erlebt viele Erschütterungen, allen voran die Anschläge am 11. September 2001, die nicht nur unter den Menschen und Opfern, sondern auch im politischen Bewusstsein einen schmerzhaften Bruch hervorgerufen haben durch die Erkenntnis, dass es keinen Ort gibt, an dem man vor diesem Wahn geschützt ist.

Auch in Deutschland und Brasilien litt die Gesellschaft in den 1970er und 1980er Jahren unter politischen Erschütterungen und bewaffneten Untergrundkämpfen. Der Erholungsprozess ist immer arbeitsintensiv, aber ein konstantes demokratisches Verständnis und politische Ausdauer werden belohnt. Deutschland und Brasilien stehen im Einklang und bleiben in den stürmischen Zeiten der letzten sechs Jahrzehnte den Prinzipien, die ihre Partnerschaft ausmachen, treu.

3 Der Begriff wurde 1955 von Félix Houphouët-Boigny geprägt (von 1960 bis 1993 Staatspräsident der Elfenbeinküste) um die engen Beziehungen der ehemaligen Kolonialgebiete zur französischen Hauptstadt in der Formatierung der Politik dieser Gebiete als unabhängige Staaten auszudrücken. Diese Perspektive setzt sich in der heutigen französischen Außenpolitik fort.

Wir könnten nun viele Aspekte dieser Partnerschaft nennen. Aber deren Anzahl und Vielfalt würden diese Aufzählung endlos machen. Vielleicht sollte man aber einen dieser unzähligen Kooperationsbereiche doch nennen: die Erziehung, Wissenschaft und Technologie. Warum gerade dieser? Ein strategischer Faktor für die deutsche Regenerations- und Innovationsfähigkeit ist sicherlich sein hohes Bildungskapital. Ein hoher Bildungsstand der Bürger, ein freier Zugang zu Kultur sind Vermögenswerte, über die alle jederzeit verfügen können, in jeder wirtschaftlichen Entwicklungsphase, in der politischen Praxis und im sozialen Handeln. In Brasilien wird ständig aber mit eher schwachen Ergebnissen wiederholt, wie wichtig es sei, dieses kulturelle Kapital allen Bürgern zugänglich zu machen. Die Geschichte der deutsch-brasilianischen Kooperation in diesem Gebiet ist ein schönes Beispiel für eine Zusammenarbeit mit hoher sozialer Reichweite und einer weitreichenden Wirkung in die Zukunft. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird die Erziehung zur Menschlichkeit angestrebt – und die Rolle Deutschlands in der Aus- und Fortbildung von Fachleuten in Lehre und Forschung in Brasilien ist beachtenswert. Hier blicken wir auf ein gutes halbes Jahrhundert erfolgreicher Investitionen zurück.

Das deutsche Hochschulsystem ist extrem vielfältig, eigentlich seit der Zeit als Wilhelm von Humboldt dem preußischen König die Gründung einer unabhängigen Universität vorschlug, die durch Forschung lehrte und in der sowohl für die Forschung als auch für die Lehre absolute und unbegrenzte Freiheit gelte, was eine beeindruckende wissenschaftliche und technische Entwicklung förderte. Trotz der schmerzhaften Erfahrung von Kriegen und einer grausamen Diktatur gelang es Deutschland unter dem Schutz einer liberalen und demokratischen Ideologie Talente zu fördern und sicherzustellen, dass die erhaltene Unterstützung Früchte trägt. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird das Humboldt'sche Prinzip für Lehre und Forschung nicht nur bestätigt, sondern auf Wissenschaft, Kunst und Kultur ausgeweitet.⁴

Durch diese Vielfalt, diesen Reichtum und vor allem diese Produktionskapazität steht Deutschland an zweiter Stelle bei der Vergabe von Nobelpreisen. Wer das brasilianische Hochschulsystem, sowie einige andere wie beispielsweise das österreichische, das französische und das portugiesische Hochschulsystem kennt findet kaum eine Kultur der wissenschaftlichen Produktion die so sehr zur wirtschaftlichen, politischen, sozialen, geschichtlichen und erzieherischen Entwicklung eines Volkes beiträgt wie in Deutschland.

4 Lei Fundamental, Artikel 5, § 3; Artikel 18.

Diese intellektuelle und produktive Macht zeigt sich auch in der Organisation der Universitäten und der einzelnen Hochschulen. Von den so genannten klassischen Universitäten gibt es insgesamt fast einhundert. Nebenbei sei noch darauf hingewiesen, dass Deutschland heute etwa 80 Millionen Einwohner hat. Darüber hinaus gibt es technische Hochschulen, im Allgemeinen in den Bereichen Biologie, Chemie, Physik, Mathematik, Ingenieurwesen und Medizin, die so entwickelt sind, dass sie als große Produktionszentren der Wissenschaft gelten und mittlerweile den Status technischer Universitäten haben. Dann gibt es noch die alternativen Gesamthochschulen mit sehr fortschrittlichen Studienmodellen. Die Internationalisierung dieser Institutionen schreitet, sowohl im europäischen Kontext als auch weltweit voran. „Deutschland“ als Plattform für die Veröffentlichung wissenschaftlicher, technologischer und kultureller Innovationen wird immer attraktiver, nicht zuletzt wegen der öffentlichen finanziellen Förderung durch die Regierung, sowohl national als auch international.

Institutionen zur Förderung und Kooperation, wie z.B. die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) – als Pendant zur brasilianischen Forschungsgesellschaft CNPq (Conselho Nacional de Desenvolvimento Científico e Tecnológico) – arbeiten mit Menschen und Projekten, die ihren Sitz in Forschungsinstituten, Universitäten oder gemeinsam mit Universitäten haben. Hier in Brasilien kennt man den Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD) sowie die Stiftungen zur Förderung von Kooperation und wissenschaftlicher und kultureller Bildung, beispielsweise die Stiftung Alexander von Humboldt (unter anderen), oder die Stiftungen der deutschen Parteien, beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung (der christdemokratischen CDU) oder die Friedrich-Ebert-Stiftung (der sozialdemokratischen SPD).

Die Produktion von akademischem Wissen ist heute verantwortlich für die technischen Innovationen im industriellen Produktionsprozess in Deutschland. Anders als die Erfahrungen in Brasilien, wird die Wissensinnovation und die technische Innovation nicht von den jeweiligen Unternehmen in eigenen Investitionen gefördert (obwohl es das auch gibt), sondern das Rückenmark und die Säule der Innovation ist die Hochschule. Professoren, Forscher, Mitglieder, Mitarbeiter, Assistenten, Tutoren, Praktikanten und talentierte Studenten finden im System finanzielle und materielle Unterstützung, sowie alle Bedingungen für Fortschritt und Produktivität in ihrer Karriere, ohne dass sie den ganzen Tag arbeiten und abends studieren müssen. Und ohne dass in der Universität, in der sie arbeiten, die veralteten und schlecht gewarteten Anlagen auseinanderfallen.

Dies führt dazu, dass die Universität – stellvertretend für alle Hochschul- und Forschungseinrichtungen – ein echter Partner im Produktionsprozess ist und

ein ernstzunehmender Gesprächspartner in der Formulierung einer Bildungspolitik zur Unterstützung der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung sowie deren Einsatz im Produktionsprozess, so dass heute wie gestern deutsche Partner für intellektuelle Qualität stehen.

Woher kommt dieser intellektuelle Reichtum? Er ist sicherlich nicht nur den Deutschen vorbehalten, ist aber ein Erbe, das in Deutschland besonders geschätzt und kultiviert wird – gemeinsam mit unzähligen kosmopolitischen Bürgern, die weltweit das Recht auf Kultur und Vernunft verteidigen. Betrachten wir die Grundlage für diesen intellektuellen Reichtum, an dem Brasilien – was wiederholt von Politikern, Forschern und Unternehmern bestätigt wird – gerne teilhaben möchte. Wie bereits erwähnt, ist die Universität hierzu der geeignete Ort.

Der Ansatz der Aufklärung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und deren Auswirkungen auf die Organisation der Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist ein schöner Traum, der auch heute noch Gültigkeit hat und durch wissenschaftliche und technologische Kreativität immer neu erfunden werden muss.

Die Welt der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt durchläuft außergewöhnliche Transformationen auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene. Sie haben die Französische Revolution erlebt, die Neuordnung der europäischen Welt, die napoleonischen Feldzüge und die Wiederherstellung der Ordnung durch den Wiener Kongress unter Metternich. Das intellektuelle Umfeld im ‚neuen‘ Europa ist gezwungen, das Bildungsprojekt in einer veränderten Welt zu überdenken. Insofern steht das Nachdenken über die Akteure der Erfüllung des Menschen, der Gesellschaft, des Staates und schliesslich der ganzen Welt auf der Tagesordnung. Diese Bemühungen sind nicht neu, zur Zeit der Humboldts – in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – waren Neuerfindungen gängig. Und eine der Fragen, die sich die Neuorganisatoren des Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts stellen, lautete: Was wollen wir für einen Menschen, einen Bürger? Eine Frage, die angesichts der Veränderungen, Unsicherheiten und politischen Instrumentalisierungen weltweit auch im 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit behalten hat.

Dieses Thema erlaubt unterschiedliche Herangehensweisen. Wir möchten hier nur eine strategische Deutung für diese Frage anführen, um eine mögliche Grundlage zu schaffen – einen deutschen Bildungsbeitrag der vollkommen kompatibel ist mit der Realität eines im Aufstieg begriffenen Brasiliens. Es handelt sich um den zentralen Gedanken, welcher der Theorie und Absicht Humboldts innewohnt: Erziehen für die Menschheit.

Menschheit kann man hier in doppeltem Sinne verstehen: einmal als Kollektiv der Menschen, als alle tatsächlich und empirisch existierenden Menschen

oder auch als fünfte Essenz des Menschen, als Substanz, als besonderer Unterschied. Unter beiden Aspekten wurde die Menschheit zu einem Begriff, der zur Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert unwiderruflich mit den Kultur- und Erziehungskonzepten verknüpft wurde. Friedrich Niethammer (1766-1848) – aus derselben Schule wie Herder – bestätigt diesen im Jahr 1808: Der Mensch ist der zu einem bewundernswerten Ganzen verschmolzene Verstand mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und Bestimmungen. Das Ideal der Menschheit ist eine perfekte Bildung zu einem umfassenden und harmonische Ganzen. Die harmonische Einheit des Menschen setzt sich zusammen aus Erziehungshandlung und Selbstbildung. Aus diesem Grund gilt die Erziehung/ Bildung als ein immerwährender Prozess der Entwicklung der eigenen Möglichkeiten des Menschen, verwurzelt in der menschlichen Fähigkeit sich zu verbessern und Schritt für Schritt zu entwickeln. So gesehen, kündigt sich die Erziehung als Ende der menschlichen Existenz an sich an. Der Mensch, der sich erzieht, ist das Ende seiner selbst – die Selbsterziehung ist das höchste Ziel, das man anstreben kann. Für Wilhelm von Humboldt ist die Selbstbildung (im Sinne von Selbsterziehung) der Zweck des Menschseins an sich. Der Gedanke der Selbstverwirklichung des Menschen durch die Bildung, bei der das religiöse Element ganz beiseite gelassen werden kann, beendet den Versuch, den Menschen als Ganzes aufzuklären. Nicht nur in der Ganzheit der Aspekte seiner Existenz, sondern auch hinsichtlich der Autonomie, der selbstständigen Umsetzung seiner Fähigkeiten, Ziele und Mittel. Für Niethammer ist die Bestätigung und Bewahrung der Vernunft als Bestätigung der Menschheit die größte Aufgabe der Erziehung. Hier ruht der gesamte Sinn der universellen Bildung und daher kann man von der ‚Bildung des Menschen oder der Menschheit‘ sprechen, denn es geht um ein ursprüngliches Recht des Menschen, das als solches anerkannt werden muss.

Friedrich Koch (1798-1872) definierte 1841 das erweiterte Prinzip einer Bildung für die Menschheit mit der Entwicklung aller rein menschlichen Fähigkeiten, mit denen der Mensch als solcher – und nicht als Hochschullehrer, auch nicht als Staatsmann oder Geschäftsmann, nicht als Kaufmann oder Künstler und auch nicht als Bürger oder Soldat – das werden soll, was ihm in seiner Besonderheit als Mensch bestimmt ist. Dieses Konzept des Bildungsprozesses des Menschen als Mensch stellt ganz klar die drei Dimensionen der Frage heraus. Die erste ist die Bildung, die sich vom schulischen Ausbildungsprozess unterscheidet. Die zweite ist die Menschheit als Kollektiv historisch vorbestimmter konkreter individueller Subjekte, die aus den Wegen des Bildungsprozesses, die Richtung ihrer Natur finden müssen. Die dritte ist die Menschheit in diesem

letzten Sinn: der menschliche Charakter des menschlichen Seins an sich (tatsächlich oder angenommen) individuell oder gemeinschaftlich. Koch thematisiert noch die bestehende Diskrepanz zwischen dem klassischen Bildungsideal der Aufklärung der letzten drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts und dem sozialen Erziehungsprozess, der Mitglieder bestimmter Gruppen oder sozialen Klassen, Handwerker oder Fachleute in dem einen oder anderen Beruf hervorbringen sollte, die die utilitaristische staatliche Pädagogik des aufgeklärten Despotismus benötigte. Es handelt sich um eine Diskrepanz, die nichts an Aktualität verloren hat. Sie besteht weiter zwischen „Bildung zum Menschen“ und „Berufsbildung“, zwischen „Perfektion“ und „Nützlichkeit“. „Bildung“ bedeutet in diesem Kontext nicht nur ein Produkt der „Isolierung“ oder der „Freiheit“ eines privilegierten Individuums, sondern besteht im Projekt der historischen Gesellschaftsfähigkeit. „Bildung“ als Einheit, die ihren Ursprung im Verständnis ihrer selbst und der Welt hat, steht dem Symptom der „Eindimensionalität“ des Menschen in der modernen Kultur gegenüber, die als bedrohlich diagnostiziert wurde. Sie widersetzt sich gleichermaßen irgendeiner Form von Dominierung des Menschen, irgendeiner Form von Heteronomie. Die Bildung erhält so eine nicht vernachlässigbare politische Funktion. Humboldt sagt: die menschliche Bildung müsse so frei wie möglich sein.

Das mag heutzutage und im Kontext unserer Gesellschaft paradox wirken. Und tatsächlich, in Gesellschaften, in denen die autoritäre Erfahrung bestimmter Regierungen die elementarsten Rechte stigmatisiert hat – beispielsweise die Ausübung von Bürgerrechten im Staat – wurde die „Erziehung zum Staatsbürger“ zu einem Banner der Erlösung. Allerdings bezeichnen Humboldt und seine Zeitgenossen mit „Bürger“ eine politische Rolle des Menschen in einer als Staat organisierten Gesellschaft – und nicht irgendein Staat sondern der Staat mit der richtigen Form und Bestimmung. Das hat sich seit damals nicht geändert. Wenn wir uns von der zeitgenössischen, kathartischen Verwendung des Begriffs „Staatsbürger“ oder „Staatsbürgerschaft“ verabschieden, so stellen wir fest, dass in der Übergangszeit zwischen dem aufgeklärten und dem post-napoleonischen Despotismus das Misstrauen gegenüber der „Erziehung zum Staatsbürger“ begründet war, die einfach nur den Einsatz der Menschen in den Staatsdienst bedeutete. Und der Staat hatte, sozusagen die „Machtinhaber“. Es bleibt kein Zweifel, dass – damals wie heute – ein gewisses Misstrauen gegen die „Machtinhaber“ immer willkommen ist. Der Minimalstaat und die höchste Freiheit zur Bildung und Handlung des Menschen nach seinem eigenen Gutdünken stellen das Wesen der Theorie der Spontanzeugung von Humboldt dar: eingebettet in eine aufgeklärte und freiheitliche Tradition, die

zwischen 1780 und 1820 beginnt und sich bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts erstreckt. Hier finden wir Johann Hamann (1730-1788) und Johann G. von Herder (1744-1803), die deutschen Romantiker und Historiker bis Wilhelm Dilthey (1833-1911), Wilhelm Windelband (1848-1915) und Friedrich Meinecke (1862-1954). Das Referenzwerk von Humboldt „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ beeinflusste auch die berühmte Abhandlung von John Stuart Mill (1806-1873), *On Liberty* (1859).

Allein ein Mensch mit vollkommen freier, kritischer, selbständiger und unabhängiger Bildung – hier könnte man Humboldt nennen, aber nicht nur ihn: auch Voltaire, Rousseau, Kant, Goethe und so viele andere – kann entscheiden, ob er in den Staat ‚eintritt‘ oder nicht, und die Bildung dieses im Vergleich zu sich selbst bewerten. Diese Sicht der Dinge entbehrt sicher nicht einer gewisse Dosis Abstraktion, in dem Maße, in dem wir empirisch alle in einer geschichtsträchtigen Welt geboren werden. Und die konkrete Geschichte der Gesellschaften, zumindest seit der modernen Zeit, beinhaltet auch den Staat oder eine seiner Formen. Aber genau hier kommen wir zum Kern der Frage. Die Bildungsreform, die Bildung von vernunftbegabten menschlichen Akteuren, die Herr ihrer selbst sind, lässt eine kritische Distanz zu, damit der „gebildete Mensch“ über seine Welt, seine Gesellschaft, seinen Staat urteilen kann.

Als Freund von Goethe (1749-1832) und Schiller (1759-1805) inszeniert Humboldt die Verteidigung der „Menschheit“ als wichtigstes Gut im deutschen Idealismus. Die politischen Schwierigkeiten beim Aufbau einer konstitutionellen Monarchie im post-napoleonischen Preussen führten dazu, dass sich Humboldt auf das akademische Leben konzentrierte. Das Ideal des Menschen und seiner kritischen Autonomie mit der Freiheit zu denken, zu schaffen und zu lehren wurde zu einem Markenzeichen im Pantheon der Menschheit, der so genannten „Universität“, die von Humboldt 1811 in Berlin miterrichtet wurde. Diese „universitas“ entspricht sicherlich dem Konzept der „universalitas“ – parallel zum Konzept der Totalität, Ganzheitlichkeit, das sich der Bildung des Menschen in all seinen Talenten und Fähigkeiten widmet. Ein so verstandenes Bildungskonzept fordert die soziale und staatliche Realität heraus und beinhaltet ein hohes Bewusstsein der ‚Gebildeten‘ hinsichtlich ihrer sozialen Funktion.

Zum Ende des 20. Jahrhunderts zeigt jedoch die Vielfalt der Forschungs- und Lehreinrichtungen in Brasilien weniger einen Reichtum an kognitiver oder epistemischer Kreativität, sondern vor allem eine Konkurrenz um wirtschaftliche Produktivität, die die öffentliche Debatte um die hehren Ziele der befreienden und kritischen Universität harmlos und hochtrabend klingen lässt. Eine unge-

bremste marktorientierte Instrumentalisierung führt zu einem wachsenden Missbrauch der Bezeichnung Universität. Die Krise drückt sich demnach in der mangelnden Stabilität des Systems und in der Unsicherheit seiner Mitglieder aus. Das brasilianische akademische System wird von nicht zu vernachlässigenden Teilen seiner eigenen Mitglieder instrumentalisiert. Die Universitäten bilden Fachleute aus, die ins Berufsleben geworfen werden und einen immer stärkeren Verlust der menschlichen Perspektive – nach Humboldt – in Kauf nehmen einschließlich einer privatistischen Form sich mit der öffentlichen – und in vielen Fällen staatlichen – Einrichtung auseinander zu setzen.

Wenn Krisen und Instrumentalisierungen den Eindruck vermitteln, dass sie die Universität in ein Ghetto sozialer Entfremdung führen, sollte man sich vielleicht daran erinnern, dass es möglich ist, eine Vision der Universität zu erstellen, die beide Aspekte in sich vereint. So würde das humboldtsche Universitätskonzept die Aufgabe eines regulativen Ideals übernehmen, als Bezugshorizont, Idealtypus, in der Tradition des Kant'schen Gedankenguts in ihrer Weber'schen Version. Wie Kant schon sagte, führt die Tatsache, dass es eine perfekte Republik, die von den Regeln der Justiz regiert wird, so nicht gibt, nicht unbedingt zum Schluss, dass sie unmöglich sei und sie ist auch keine Entschuldigung, die Suche aufzugeben. Dasselbe gilt für die Universität, eine Republik der Schriften in einem kleineren und analogen Maßstab.

So konzentriert sich für den Beobachter und Untersucher – und im Fall der im akademischen Leben engagierten Beobachter und Untersucher, die direkt an der Frage interessiert sind – die Reflexion auf die Rolle und Pflichten des Staates. Theoretisch kann man auch akzeptieren, dass eine Krise voraussichtlich ein geeigneter „Nährboden“ für Innovation und Neuformulierung ist. Die klare und passende Bemerkung des Soziologen Pedro Demo zeigt den antinomen Charakter der Identitätskrise der Universität als Tempel des Wissens: „... , der aktuell gültige akademische Lehrplan ... [zeigt] eine der sarkastischen Ironien der wissenschaftlichen Welt: während er für massenhafte, lautstarke Innovationen ohne Ende verantwortlich ist, kristallisiert er sich in tendenziell starren Institutionen und lässt einen beängstigenden Leistungswiderstand durchschimmern: sucht Innovation, ohne sich selbst zu innovieren“.⁵

Die Emanzipation der Vernunft und des menschlichen Verstandes einschließlich seiner kosmopolitischen Wirkung der Annäherung zwischen den Gesellschaften, wie sie zwischen Deutschland und Brasilien seit Generationen

5 Pedro Demo. *Metodologia do Conhecimento Científico*. São Paulo: Atlas, 2000, Seite 73.

besteht, beschränkt sich nicht auf den zeitgenössische Menschen, sondern erstreckt sich auf eine idealtypische Gegenwärtigkeit, eine virtuelle Gemeinschaft die scheinbar unter anderem an der Universität ihren Sitz gefunden hat. Worin besteht die Grundhaltung dieser emanzipatorischen Reflexion? Man kann drei grundsätzliche Komponenten herausstellen: (i) das erklärende, aufklärende, aufzeigende Engagement; (ii) die freiheitlich-demokratische Haltung; (iii) die strenge und produktive Wissenschaft. Die drei Komponenten haben eine geschichtliche Dimension gemein. In dem Maße, in dem kein Verstandesmensch in eine Welt ohne Geschichte geboren wird und jede Gesellschaft historisch konkret ist, bestimmen das geschichtliche Bewusstsein und die entsprechende Kultur in entscheidendem Maße das Konzept der Zeit, des Ursprungs, der Entwicklung und der Ziele, die das Handeln bestimmen. Insofern kommt der strukturellen historischen Perspektive grundsätzliche Bedeutung zu. So übt die Geschichtsschreibung eine sozialkritische Funktion aus, die die Untersuchung des Menschen und seiner Umstände, und nicht nur diese, untermauert.

Deutschland und Brasilien errichten mit Geduld und Regelmäßigkeit einen gemeinsamen Raum der Annäherung und Verständnis und zwar von beiden Seiten, zumal die originalen Kontexte internationalen Handelns trotz guten Willens nicht unbedingt übereinstimmen.

Soziale und psychologische Unterschiede zwischen Brasilianern und Deutschen gibt es natürlich und daher müssen wir auch die kulturellen Unterschiede vor Augen haben. Wichtig hierbei: nur jemand, der schon mal im Ausland war, sieht die Dinge anders, nimmt sie anders wahr, in einer fast epidemischen Wahrnehmung der Realität und ihrer Konkretheit, ohne eine Integration jedoch abzulehnen oder gering zu schätzen. Das Erlernen der Sprache, wenn auch bruchstückhaft und anspruchslos, das gesellschaftliche Zusammenleben und die kulturelle Integration sind wichtige Faktoren einer entschiedenen und zielgerichteten „Erkenntnispolitik“, die für die Integration unerlässlich ist, nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch gemeinschaftlich und global.

- **Estevão de Rezende Martins** · Ordentlicher Professor der Abteilung Geschichte und des Instituts für Internationale Beziehungen der Universität Brasília. Vorsitzender der Brasilianischen Instituts für Theorie und Geschichte der Geschichtsschreibung. Stellvertretender Vorsitzender der International Commission for the History of Parliaments and Representative Institutions. Member of the Board, International Commission for the Theory and History of Historiography. Bolsista de Produtividade em Pesquisa I, CNPq . Stipendiat des DAAD und der Humboldt Stiftung